

PRESSEINFORMATION

„Explodierende Energiekosten erfordern rasch weitere Maßnahmen für Unternehmen“

Die explodierenden Preise für Strom, Gas & Co waren kürzlich zentrale Themen beim Energiegipfel mit den Obleuten der Industriesparten aus Kärnten, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Tirol und Vorarlberg. Der Energiekostenzuschuss sei ein erster Schritt, ihm müssen aber weitere folgen, so der Tenor. „Angesichts erdrückender Energiekosten, die für zahlreiche Betriebe existenzbedrohend sind, ist rasches Handeln Gebot der Stunde“, so der steirische Industrie-Spartenobmann Max Oberhumer

EU-Rahmen nicht ausgeschöpft

Aus Sicht der Industrie als hauptbetroffene Branche ist es unverständlich, dass der EU-Rahmen für den Energiekostenzuschuss in Österreich nicht voll ausgeschöpft wird. „Die Verkürzung des Antragszeitraums auf acht Monate sowie die Einschränkung auf einen Teil des tatsächlichen Energieverbrauchs sind im Wettbewerb mit unseren europäischen Nachbarn gravierende Nachteile“, so Max Oberhumer, Obmann der Sparte Industrie in der WKO Steiermark. Zudem sei unverständlich, warum Betriebe - anders als in anderen europäischen Ländern - zwischen Energiekostenausgleich und -zuschuss wählen müssten.

Förderzeitraum und Bedingungen müssen angepasst werden

Aktuell ist ein Ende der Energiekrise nicht absehbar. In der EU-Kommission müsse rasch die Genehmigungsfrist für den Energiekostenzuschuss bis über das Jahresende 2022 hinaus verlängert werden, fordert Oberhumer eine Nachbesserung in mehrfacher Hinsicht: „Die Bedingung eines negativen Betriebsergebnisses in den höheren Förderstufen bedeutet zudem, dass vielfach die Förderungen erst dann ankommen, wenn es zu spät ist.“

Es muss mehr getan werden!

Aus Sicht der Industrie ist klar, dass der Energiekostenzuschuss nur der Anfang von weiteren - auch strukturellen - Maßnahmen sein kann. Zahlreiche angekündigte Instrumente wie die Strompreiskompensation oder die Förderung der Gasdiversifizierung sind nach wie vor offen. „Es geht darum, den Verlust von Arbeitsplätzen, Wertschöpfung und Wettbewerbsfähigkeit - und damit langfristigen, potenziell irreparablen Schaden - vom Wirtschaftsstandort Österreich abzuwenden“, appelliert Oberhumer für weitere Entlastungen. Letztlich müsse Europa aber wegkommen von den Umverteilungen und das Problem endlich an der Wurzel packen. Dazu sei auch das Modell der Strompreisbildung - Stichwort „Merit Order“ - dringend zu reformieren. Der Zeitrahmen für dieses Vorhaben laut EU-Kommission sei mit einem halben Jahr viel zu weit gefasst.

Graz, am 19. Oktober 2022

Rückfragehinweis:

Dr. Andreas Fössl, GF Sparte Industrie
Tel. 0316/601-519; andreas.foessler@wkostmk.at